

Drama in der Diktatur

Elitenkampf auf den Malediven

Peter Lanzet

Die Malediven galten unter dem früheren Präsidenten Mohamed Nasheed als ein vielversprechendes Modell, wie in einem auf sich selbst bezogenen, islamischen Land demokratische Strukturen unter schwierigen Bedingungen entstehen können. Bislang überwiegen jedoch die Schwierigkeiten. Die jüngsten Verwerfungen in der Justiz und Politik erinnerten mehr an eine Posse – wären sie für den Inselstaat nicht so dramatisch.

Anfang Februar überschlugen sich die politischen Ereignisse in Male, der Hauptstadt der Malediven. Das Oberste Gericht des Landes entschied am 1. Februar, neun politische Gefangene auf freien Fuß zu setzen und ihnen die Beteiligung an der im Herbst dieses Jahres stattfindenden Präsidentschaftswahl zu gestatten. Bei den Freigelassenen handelt es sich um den Vorgänger-Präsidenten Mohamed Nasheed, den früheren Vizepräsidenten, Führer von Oppositionsparteien sowie den früheren Verteidigungsminister. Außerdem wurde die Parlamentsverwaltung angewiesen, zwölf Parlamentsmitgliedern die Tore des Parlaments wieder zu öffnen. Die waren ihnen wegen ihres Wechsels von der Regierungspartei zu einer der Oppositionsparteien verschlossen worden. Damit verlor die Regierungspartei ihre Mehrheit im Parlament. Die neue Mehrheit genügt, um den Sprecher des Parlaments abzusetzen.

Unabhängige Justiz im Marionettenspiel

Noch in der Nacht setzte Präsident Abdulla Yameen die Polizeiführung ab, die die Gefangenen auf Anweisung des Gerichts freigelassen hatte. Die Befreiten wurden in den folgenden Tagen wieder eingesperrt, darunter auch der 82-jährige Halbbruder und einer der Vorgänger des Präsidenten im Amt, Maumoon Abdulla Gayoom. Polizei und Militär besetzten das Parlament.

Der Generalstaatsanwalt erklärte seine Loyalität zum Regime und ließ die beiden höchsten Richter des Landes einsperren. Ihr Urteil hatte zur Befreiung der politischen Gefangenen, zur Wiederzulassung der Parlamentarier und damit zur Regierungskrise geführt. Den Richtern wird Bestechlichkeit im Amt und die Annahme von Millionen von Dollars vorgeworfen. Trotz mehrerer Hausdurchsuchungen fehlen dafür die Beweise.

Präsident Yameen hat am 6. Februar den Ausnahmezustand für 15 Tage ausgerufen. Gleichzeitig hat er die Suspendierung von 20 Grundrechten angeordnet. Alle bürgerlichen Freiheiten – wie das Versammlungsrecht, die Pressefreiheit, die anwaltliche Vertretung vor Polizei und Gericht, die Beweispflicht der Polizei und anderes – sind außer Kraft gesetzt. Bei der Eröffnungssitzung des Parlaments am 21. Februar 2018, der alle Oppositionsparlamentarier und damit die Mehrheit aus Protest fernblieben, beschlossen die 38 Parlamentarier der Regierungspartei, die vom Präsidenten vorgeschlagene Ausdehnung des Ausnahmezustandes um 30 Tage. Die Opposition bezeichnet diese Verlängerung als illegal. Für die Rechtmäßigkeit der Verlängerung durch das Parlament braucht es die Mehrheit von 43 Stimmen. Die Oppositionsparlamentarier und damit die Parlamentsmehrheit ihrerseits beschlossen die Freilassung der von Präsident Yameen abgesetzten hohen Funktionsträ-

ger, der höchsten Richter und zweier Polizeichefs. Ihr Führer Ibrahim Solih sagte: „Der Ausnahmezustand ist illegal... (Präsident) Yameen hat den Staat *gehijackt* und regiert wie ein Militärdiktator.“ Fast alle Oppositionsparlamentarier wurden unter Missbrauchs- und Korruptionsvorwürfen in den folgenden Tagen festgenommen. Solange der Ausnahmezustand anhält, müssen sie keinem Richter vorgeführt werden. Die Führung des Militärs schwor heilige Eide auf die Verfassung, der sie treu dienen will. Tatsächlich hat sie jedoch bis dato den Machterhalt des Präsidenten unterstützt.

Westliches Reden und chinesische Machtpolitik

Die Ausrufung und Verlängerung des Ausnahmezustandes und die Suspendierung von Grundrechten hat in Indien, den USA, der EU und bei der heimischen Tourismus-Wirtschaft große Enttäuschung hervorgerufen. Eine Delegation von EU-Botschaftern wurde in Male vom Präsidenten nicht empfangen. Indien bat um die Entsendung eines Sonderbotschafters, der die Ereignisse in Neu-Delhi erklären sollte. Der wurde nicht entsandt. Stattdessen wurden Sonderbotschafter nach Pakistan, China und nach Saudi-Arabien geschickt. Der 2012 durch einen Putsch seitens Präsident Yameens entmachtete damalige Präsident Mohamed Nasheed, derzeit im Exil in Sri Lanka, hat Indien aufgefordert zu

intervenieren. Er ist der Ansicht, das Land könne aus dieser Krise nicht aus eigener Kraft und ohne einen Bürgerkrieg (*afist fight*) finden, wie er der New York Times sagte. Er sieht die Malediven als Spielball in einem kalten Krieg zwischen Indien und China. Präsident Yameen hat die Aufforderung seines Vorgängers zur Intervention durch Indien als Landesverrat gebrandmarkt und die gesamte Opposition als Landesverräter abgestempelt.

China hat in der jüngeren Vergangenheit stark in den Malediven investiert (siehe frühere Berichte in SÜDASIEN). Ex-Präsident Nasheed befürchtet, die Malediven würden von China in eine Schuldenfalle getrieben, so wie es 2016 in Sri Lanka geschehen ist. Sri Lankas Unvermögen, seine chinesischen Schulden auszugleichen, führte dazu, dass Sri Lanka den Bau einer chinesischen Marinebasis auf Sri Lanka gestatten musste. Indien hat damals nicht eingegriffen. Bei dem gegenwärtigen Konflikt steht eigentlich zu erwarten, dass Indien seinen maritimen Einflussbereich im Indischen Ozean schützt. Bisher hat Indien außer diplomatischen Adressen und Warnungen in der Presse jedoch davon abgesehen, eine militärisch unterstützte Stellung zu beziehen. Die schlechten Erfahrungen mit der indischen Intervention in Sri Lanka 1985 zur Beilegung des singhalesisch-tamilischen Bürgerkriegs sind in Indien noch zu lebendig. Man will die Probleme der Malediven nicht zu den eigenen machen.

Nun aber scheint es, spitzen sich die Dinge zu. Chinesischen Quellen zufolge hat China elf Kriegsschiffe in den Indischen Ozean entsandt, darunter Schiffe, die einen Ponton-Hafen errichten können sowie Schlachtschiffe und eine Fregatte. Die Presse nimmt an, dass sie eine indische Intervention verhindern sollen. Gleichzeitig beginnt am 6. März 2018 das jährliche Marine-Manöver einer Gruppe von Anrainerstaaten des Indischen Ozeans. Auf Einladung Indiens übt die Marine von 16 Staaten, darunter Malaysia, Sri Lanka,

Australien, Oman, Kambodscha, Vietnam sowie Tansania und Kenia die regionale Kooperation sowie das Unterbinden rechtswidriger Aktivitäten auf See. Die Malediven haben ihre Teilnahme an diesen jährlichen Manövern abgesagt mit Verweis auf die heimische Krise. Die indische Marine teilt auf ihrer Webseite mit, sie habe die Situation unter Kontrolle. China habe zu allen Zeiten sechs bis acht Kriegsschiffe im Indischen Ozean stationiert.

Was stört es den Tourismus

Die Krise trifft die Wirtschaft der Malediven besonders stark. EU-Länder, China und die USA haben Reise警告en herausgegeben. Tausende von Urlaubsreisen sind abbestellt worden. Die Chefs der Tourismusverbände haben sich mit der dringenden Bitte an den Präsidenten gewandt, den Ausnahmezustand baldmöglichst zu beenden. Der Präsident verteidigt den Ausnahmezustand als die einzige Möglichkeit herauszufinden, wer hinter dem sogenannten *legal coup* steckt. Er weist darauf hin, dass die Ressort- und Urlaubsinseln vom Ausnahmezustand kaum betroffen sind, und dass auch in Male das Leben seinen normalen Fortgang nimmt. Es gibt zum Beispiel keine Ausgangssperre. Selbst wenn der Ausnahmezustand aufgehoben wird, ist davon auszugehen, dass die Krise bis zu den Wahlen im September anhalten wird.

Ein Drittel des maledivischen Wirtschaftswachstums kommt aus dem Tourismus, und ein großer Teil der Investitionen im Jahr 2017 von 485 Millionen US-Dollar ging in diesen Sektor, schreibt Moody's, eine der drei großen US-amerikanischen Rating-Agenturen. Bei weiterem Anhalten der Regierungskrise geht Moody's davon aus, dass das auf 4,5 Prozent geschätzte Wirtschaftswachstum in 2018 drastisch nach unten korrigiert werden muss. Während des Ausnahmezustandes 2015 verlangsamte sich das Wachstum von 6 auf 2,8 Prozent. Die Reduzierung des Wachstums wür-

de insbesondere die Finanzierung der Staatsschulden von 62,5 Prozent des BIP (2017) erschweren und gegebenenfalls zu den Abhängigkeiten führen, die Ex-Präsident Nasheed befürchtet.

Die nächsten Präsidentschaftswahlen

Die demokratische Opposition wird es nicht leicht haben, die Präsidentschaftswahlen im September zu gewinnen. Die Regierungspartei hat dafür Sorge getragen, dass in den relativ bevölkerungsstarken Atollen erheblich in die Infrastruktur investiert wurde. Viele wichtige Verwaltungsposten wurden mit regierungsfreundlichen Personen besetzt. Parteien und Kandidaten werden nur unter restriktiven Voraussetzungen zur Wahl zugelassen. Die Besetzung der fünf Kommissionsposten der nationalen Wahlkommission wird aktiv vom Präsidialamt mitgestaltet. Viele Bereiche der Verwaltung sind mit Regierungsfreunden besetzt und korrumpiert worden, so zum Beispiel die Staatsbank, die Justiz, die Parlamentsverwaltung, Polizei und Militär. Außerdem hat Präsident Yameen eine stark fundamentalistische Islampolitik eingeschlagen, die ihm die Zustimmung der traditionellen islamischen Geistlichkeit sichern soll.

Der herrschenden Elite in Male schwebt ein Staatsmodell vor, das sich wirtschaftlich an Singapurs Neoliberalismus anlehnt, politisch und kulturell an die diktatorische Regierungsführung in Saudi-Arabien, sich am fundamentalen Islam orientiert und außenpolitisch eine Sonderrolle zwischen China und Indien einnimmt.

Zum Autor



Peter Lanzet arbeitete 35 Jahre bei Brot für die Welt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED). Heute ist er Berater für Entwicklungsfinanzierung und die Wirksamkeit von Entwicklung in Bonn.